

Der nächste Horror an einer US-Grundschule

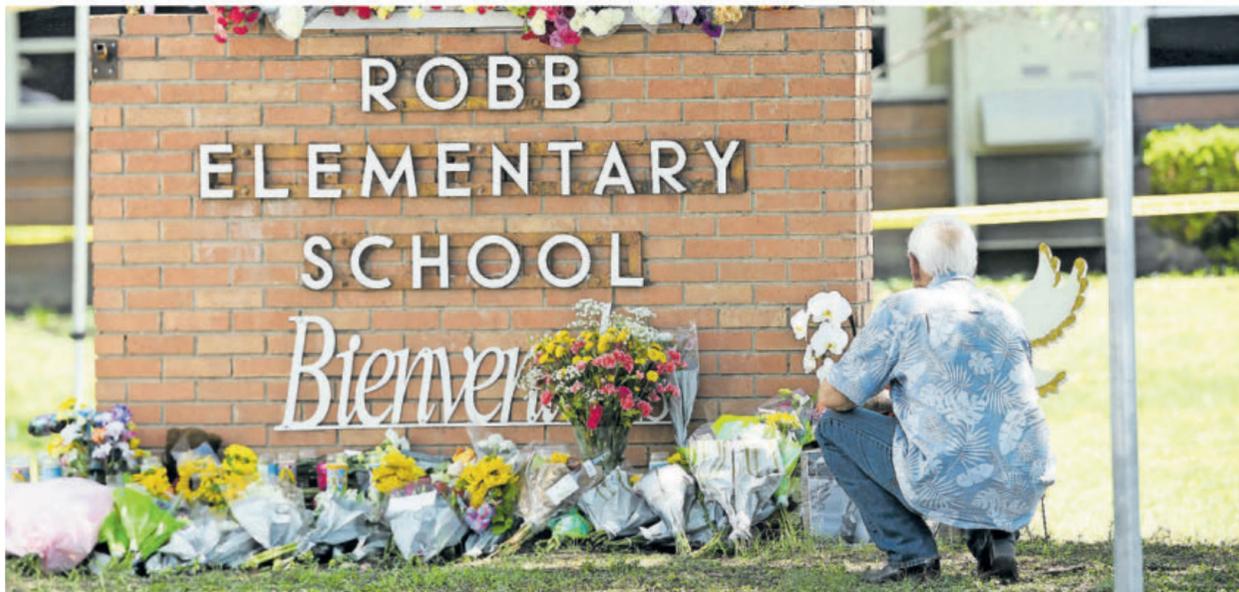
Nach dem Massaker von Texas, dem 19 Kinder und zwei Lehrer zum Opfer fallen, streitet Amerika über die Waffengesetze - wieder einmal.

VON THOMAS SPANG

WASHINGTON Zu seinem 18. Geburtstag schenkte sich der Täter von Uvalde zwei kriegstaugliche Sturmgewehre. Wo der junge Mann das Geld für die teuren Waffen herhatte, und warum seine schweren psychischen Störungen bei der Routineüberprüfung kein Alarmsignal auslösten, muss noch geklärt werden. Die andere Frage, die Joe Biden nach der Rückkehr von seiner Asien-Reise im Weißen Haus stellte, beantwortete der Präsident selbst. „Wofür, um Himmels willen, braucht man ein Sturmgewehr, außer dafür, jemanden zu töten?“

Genau dafür hatte sie der 18-jährige Schüler an der örtlichen Highschool in der von Latinos geprägten Kleinstadt im Westen von Texas erworben. Wie bei der Schießerei an der Sandy-Hook-Grundschule in Connecticut im Jahr 2012 zielte der Täter zuerst auf eine Vertrauensperson. Damals war es die Mutter, diesmal die Großmutter. Sie überlebte schwer verletzt. Dann fuhr er zur Robb Elementary School, fuhr seinen Pickup-Truck in einen Graben und drang in die Grundschule ein, in der etwa 600 Kinder zwischen sieben und zehn Jahren lernten. Um 11 Uhr 32 eröffnet er das Feuer in einem Raum mit Viertklässlern.

Was danach kam, könnte die Fortsetzung eines Horrorfilms sein, den die Amerikaner schon zu oft gesehen haben. Es sind Szenen, die den Schmerz der Betroffenen, das Bangen der Eltern, das Kreisen der Hubschrauber und den Einsatz schwer bewaffneter Polizisten zeigen. Helden werden entdeckt, Motive des Tä-



Nach dem Massaker an einer Grundschule in der texanischen Kleinstadt Uvalde legten Trauernde Blumen nieder und gedachten der Opfer.

FOTO: DAEMMRICH/DPA

ters gesucht und Lebensgeschichten der Opfer erzählt. Lokale Polizeichefs erlangen nationale Berühmtheit. Wie in diesem Fall Polizeichef Pete Adorondo, der den Reportern das Ende des Einsatzes verkündete. „Der Eindringling ist tot“. Zuvor hatte jener 19 Kinder und zwei Lehrer getötet. Er soll seine Taten auf Facebook angekündigt haben.

„Warum sind wir bereit, mit diesem Gemetzel zu leben?“, fragte US-Präsident Biden, mit Tränen in den Augen. Er weiß, wie es sich anfühlt, ein Kind zu Grabe zu tragen.

Die Nation müsse sich fragen,

INFO

Schütze hatte Kontakt zu Mädchen aus Frankfurt

Kurz vor dem Massaker soll der 18-jährige Schütze Kontakt zu einer 15-Jährigen in Frankfurt gehabt haben. Wie CNN berichtete, soll er ihr in Textnachrichten von seinen Plänen und Taten geschrieben haben. Der Sender berief sich auf Chatprotokolle und ein Gespräch mit dem Mädchen, das er wohl seit Anfang Mai kannte.

„wenn in Gottes Namen wir der Waffenlobby die Stirn bieten werden“, rüttelte Biden am Gewissen der Amerikaner. „Die Vorstellung, dass ein 18-jähriger Junge in ein Waffengeschäft gehen und zwei Angriffswaffen kaufen kann, ist einfach falsch.“ Biden weiß, wie vergeblich sein moralischer Appell ist. Er hatte es schon als Vizepräsident Barack Obamas erfahren, der ihn nach Sandy Hook mit dem Thema Waffengewalt betraut hatte.

Seit dem Massaker von 2012 gab es mehr als 900 Attacken an US-Schulen. Der Kongress trat mangels

Kooperation der Republikaner bei strengeren Waffengesetzen auf der Stelle. Der Senator Chris Murphy, in dessen Bundesstaat sich das Massaker vor zehn Jahren ereignete, redete nach der Bluttat von Uvalde im Plenum des Senats gegen eine unsichtbare Mauer an. „So etwas passiert nur in diesem Land. Nirgendwo sonst, nur in den Vereinigten Staaten von Amerika!“, empörte sich Murphy. „Und es ist eine bewusste Entscheidung. Es ist unsere Entscheidung, dass das so weitergeht.“ Betroffenheit herrschte auch in der amerikanischen Zivilgesellschaft.

Der Basketballtrainer der Golden State Warriors, Steve Kerr, dessen Team gegen das der texanischen Dallas Mavericks spielte, verwandelte seine Pressekonferenz zu einer Abrechnung. „Ich frage Sie, Mitch McConnell (Fraktionsvorsitzender der Republikaner im US-Senat), und frage alle von Ihnen Senatoren, die sich weigern, etwas gegen die Gewalt, die Schießereien in Schulen, die Schießereien in Supermärkten zu unternehmen: Werden Sie Ihren Wunsch nach Machterhalt über das Leben unserer Kinder, unserer Alten und unserer Kirchgänger stellen?“

Kerr bezog sich auf die jüngste Massenschießerei in einem Supermarkt von Buffalo, die gerade einmal zehn Tage zurückliegt. Dabei waren zehn Menschen getötet worden. Die Medien in den USA berichten angesichts der Häufigkeit solcher Vorfälle nur noch bei hohen Opferzahlen ausführlich. Es ist eine traurige Routine in einem Land, in dem es mehr Schusswaffen als Menschen gibt.

Erst recht in Texas, wo seit vergangenerem Jahr für das Tragen von Schusswaffen weder ein Waffenschein noch Training benötigt wird. Der erzkonservative Gouverneur Gregg Abbott bot wie andere Republikaner nach dem Massaker „Gedanken und Gebete für die Betroffenen“ an. Einen Grund für Änderungen am Waffengesetz sieht Abbott nicht.

Am Tag nach dem Massaker gedachten die Menschen der Opfer. Die Stimmung schwankte zwischen Trauer und Wut über die Waffengesetze. Währenddessen sagten Experten voraus, es sei nicht die Frage ob, sondern wann die nächste Folge der Horror-Serie abläuft.

Reformer Bätzing unter Druck - „Wir sind keine Kirche der Heiligen“

Am Rande des Katholikentags in Stuttgart gelangen „MeToo“-Vorwürfe gegen einen Pfarrer an die Öffentlichkeit, den der Chef der Bischofskonferenz einst befördert hat.

VON CHRISTOPH DRIESSEN

STUTTGART/LIMBURG (dpa) Wenn es in der katholischen Kirche in Deutschland einen Hoffnungsträger gibt, dann ist das Georg Bätzing. Gegen massive Kritik konservativer Kirchenführer aus dem Vatikan und insbesondere aus den USA treibt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz den seit 2019 laufenden Reformprozess „Synodaler Weg“ voran. Im Auftreten ist der freundliche Herr mit Brille, einst Generalvikar im Bistum Trier, von einer für katholische Würdenträger ungewohnten Offenheit. Doch jetzt steht der 61-Jährige erstmals selbst massiv in der Kritik.



Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und früherer Trierer Generalvikar. FOTO: MURAT/DPA

Unter der Überschrift „Katholisches MeToo“ hat die Zeit-Beilage „Christ & Welt“ aufgedeckt, dass Bätzing in seinem Bistum Limburg einen Pfarrer zum Bezirksdekan befördert hat, der vor Jahren zwei Frauen belästigt haben soll – eine evangelische Pfarrerin in Ausbildung und eine angehende katholische Gemeindefereferentin. Ihr soll der Pfarrer 2007 „von hinten unter T-Shirt“ gefasst haben. Dennoch ist eben dieser Geistliche heute in einer leitenden Funktion als Dekan. Er wurde von Bätzing in das Amt berufen, nachdem sich die Seelsorgerin in dem Bezirk mit großer Mehrheit für ihn ausgesprochen hatten. Die Gemeindefereferentin reagiert darauf mit „Wut“ und „Unverständnis“. Der Gipfelpunkt der Heuchelei war aus ihrer Sicht erreicht, als Bätzing nach der Veröffentlichung des Münchner Missbrauchsgutachtens in einem Internet-Posting forderte, alles müsse auf den Tisch – und auf dem dazugehörigen Foto von ihm im Hintergrund ausgerechnet der Priester zu sehen war, der sie damals belästigt hatte.

Bätzing äußerte sich am Rande des Katholikentags in Stuttgart erstmals direkt zu den Vorwürfen: „Jede

Art von Belästigung, von Übergriffigkeit, sowohl verbal als auch körperlich, ist ein No-Go“, versicherte er. „Und das akzeptiere ich in keins-ter Weise.“ Was den konkreten Fall betreffe: Hier müsse man festhalten, dass das Verhalten des Pfarrers keine Straftat gewesen sei. Er habe ihm dafür aber eine Art Abmahnung erteilt. Warum dann aber die Beförderung? Bätzing erwidert, der Priester habe vor 15 Jahren einen Fehler begangen, den er einsehe, für den er Reue zeige und für den er um Entschuldigung gebeten habe. Er habe auch eine Strafe gezahlt – „kann ich die unendlich lange vorhalten?“ Im übrigen: „Wir sind keine Kirche der Heiligen. Wenn ich wirklich suchen würde, wo sind die Fehler, wo sind die Macken, die einer hat, dann könnte ich wahrscheinlich niemand mehr aufnehmen in dieser Kirche und schon gar nicht in ein Amt bringen.“

„Fehler“, „Macken“ – das klingt nach einer lässlichen Sünde, die nach einem Schulbekenntnis vergeben werden kann. „Bei Gewalt gegenüber Frauen wird dem vermeintlich reumütigen Priester verziehen, die Frauen mit ihrem zer-

störten Leben bleiben allein und müssen selber sehen, wie sie mit ihrem Schicksal fertig werden müssen“, kritisiert der Kirchenrechtler Thomas Schüller. Der Münsteraner Professor hat die Gemeindefereferentin als kirchenrechtlicher Anwalt im Bistum Limburg vertreten.

Die Regensburger Theologin Ute Leimgruber hat in den vergangenen Jahren herausgearbeitet, dass in der Kirche bisher nur ein geringes Problembewusstsein für solche MeToo-Fälle besteht. In vielen Gemeinden kursierten zwar spöttische Bemerkungen wie „Das Verhältnis zwischen dem Herrn Pfarrer und seiner Haushälterin ist aber wirklich arg eng...“ Das Ganze werde aber letztlich als Privatsache abgetan – schließlich gehe es um erwachsene Menschen, nicht etwa um Kindesmissbrauch.

Erst viel später würden die Frauen oft erkennen, wie sie von dem Kleriker manipuliert worden seien, erläuterte Leimgruber in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Viele seien in katholischen Milieus als „brave Mädchen“ erzogen worden. „Es spielt eine Rolle, dass im katholischen Frauenbild Frauen diejenigen sind, die hinnehmen, die demütigt sind, die als Ideal schweigen, sich einfügen, fürsorglich sind.“

Wie auch andere Beobachterinnen sieht Leimgruber insbesondere Einzelgespräche in sogenannten Exerzitien kritisch. Dabei berät der Priester die Gläubige oft ähnlich wie ein Therapeut, man begegnet sich also nicht auf Augenhöhe, sondern es besteht ein deutliches Abhängigkeitsverhältnis. Kirchenrechtler Schüller ist überzeugt: „Die ganze Kirche, somit auch Bätzing, müssen noch einen langen Lernprozess durchlaufen.“

Produktion dieser Seite:
Frauke Scholl
Peter Bylda

Nach dem Putin-Schock: Wie teuer käme eine Abkehr von China?

Zeitenwende auch im Umgang mit Peking: Menschenrechtsverstöße, Säbelrasseln gegenüber Taiwan und Null-Covid-Extreme machen deutsche Geschäfte riskanter.

VON ANDREAS LANDWEHR
UND MATTHIAS ARNOLD

PEKING/BERLIN (dpa) Die schöne Idee von „Wandel durch Handel“ ist in China gescheitert. Die wirtschaftliche Kooperation mit Deutschland und dem Rest der Welt hat dort nicht zu politischen Veränderungen geführt. Im Gegenteil: Es sind Abhängigkeiten entstanden, die das kommunistische System in Peking als politische Hebel einsetzt. Einst hatte der frühere Siemens-Chef Heinrich von Pierer noch argumentiert: „Das Risiko, sich nicht in China zu engagieren, ist größer als das Risiko, in China tätig zu sein.“ Doch heute müssen sich Top-Manager vielmehr fragen, wie viel China-Risiko ihr Unternehmen noch verträgt.

Da ist die drakonische Null-Covid-Strategie, die Firmen in China die Luft abschnürt und Lieferketten unterbricht. Auch hat Russlands Krieg in der Ukraine die Gefahr allzu großer Abhängigkeiten von Autokraten offenbart. Chinas Rückendeckung für Wladimir Putin, die Drohung mit einer Eroberung Taiwans sowie Menschenrechtsverstöße und die durch ein Datenleck gerade wieder drastisch veranschaulichte Unterdrückung von Minderheiten wie Uiguren und Tibetern lassen die Aktivitäten in China zunehmend als Risiko und Belastung erscheinen.

„Die Epoche der Globalisierung der letzten 30 Jahre, frei von politischen Störfaktoren, ist vorbei“, sagte Max Zenglein vom China-Institut Merics in Berlin. „Es gilt, bei wirtschaftlichen Entscheidungen für die Zusammenarbeit mit China politischen Risikofaktoren stärker Gewichtung zu geben, um Abhängigkeiten beim Umsatz oder bei den Lieferketten zu reduzieren.“

Bemühungen zur Diversifizierung sieht der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) schon „in vollem Gange“,

wie BGA-Präsident Dirk Jandura in Berlin sagte. „Das hat zunächst mehr mit dem russischen Angriff auf die Ukraine zu tun. Aber auch die Null-Covid-Strategie der chinesischen Regierung hat dazu beigetragen, nach neuen Handels- und Lieferwegen zu suchen.“ Alternative Absatzmärkte ließen sich etwa in Nord- und Südamerika, aber auch in Indien und Afrika langfristig aufbauen.

Die Möglichkeiten für größere Unabhängigkeit von der zweitgrößten Volkswirtschaft sieht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kritischer. Unternehmen wie Volkswagen machten fast die Hälfte ihrer Gewinne in China. „Ähnlich wie mit Russland ist die Einseitigkeit der Abhängigkeit Deutschlands von China das zentrale Problem“, sagte DIW-Präsident Marcel Fratzscher. Das nutze China als Druckmittel gegenüber Deutschland und Europa.

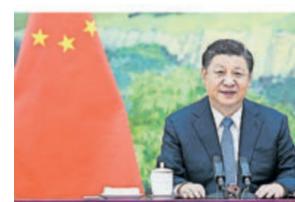
Mehr als 5000 deutsche Unternehmen sind in China tätig und sichern damit in Deutschland eine Million Jobs. China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. Acht Prozent der deutschen Exporte gehen in die Volksrepublik. Deutsche Importabhängigkeiten bestehen bei strategisch wichtigen Produkten wie Lithium-Batterien oder Seltenen Erden, wie die deutsche Handelskammer (AHK) in China berichtet. Die Lockdowns in Shanghai und anderswo demonstrierten auch

die Abhängigkeit von Lieferketten, wenn Produkte nicht nach Deutschland geliefert werden können, weil ein einziges kleines Teil fehlt.

„Bei strategischen Produkten oder Rohstoffen gilt es, diese mit Augenmaß zu reduzieren“, sagte Jens Hildebrandt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AHK. Durch die enge Verflechtung deutscher Unternehmen in chinesische Lieferketten würde sich eine Abkopplung „auf die ganze deutsche Wirtschaft negativ auswirken“, warnte Hildebrandt. Einen Vorgeschmack habe es gerade aufgrund der Covid-Einschränkungen und Engpässe in den Lieferketten gegeben. Der Mangel an Vor- und Zwischenprodukten bremse deutsche Unternehmen nicht nur in China, sondern auch in Deutschland.

Anders als mit Russland, das meist Energie liefert, wäre eine Abkehr von China schwieriger, sagte auch Jörg Wuttke, Präsident der EU-Handelskammer. „Russland ist eine Drei-Produkte-Wirtschaft, während wir Zehntausende von Produkten aus China beziehen und wahnsinnig viele Jobs in Deutschland kreieren“, sagte Wuttke. Europa liefere zwar täglich Waren für 600 Millionen Euro nach China, aber China schicke umgekehrt jeden Tag Exporte für 1,3 Milliarden nach Europa. Insofern sei China „mehr als doppelt so abhängig“.

Was mit Uiguren und Tibetern passiert, sei „unverzeihbar“ und werfe „riesengroße Fragen“ auf, sagte der Kammerpräsident. Es zwingt Firmen dazu, sich abzuwenden, wenn sie ihre Lieferketten durchgingen und nicht ausschließen könnten, dass irgendwo Zwangsarbeit stattfindet. Diversifizierung liege im ureigensten Interesse jedes Unternehmens. „Wir alle machen das auch“, sagte Wuttke. „Aber zu einem Markt in der Dimension wie China gibt keine Alternative.“



Setzt wirtschaftliche Abhängigkeiten als politischen Hebel ein: Xi Jinping, Chinas Präsident. FOTO: DPA